

Niederschrift

**über die 02. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Rates der Stadt Hilden am
Mittwoch, 03.11.2004 um 17:00 Uhr, im Bürgersaal des Bürgerhauses**

Anwesend waren:

Ratsmitglied

Herr Dr. Ralf Bommermann	CDU
Frau Susanne Brandenburg	CDU
Herr Alexander Büttner	CDU
Herr Reinhard Eisen	CDU
Herr Peter Hancke	CDU
Herr Carsten Herlitz	CDU
Herr Lothar Kaltenborn	CDU
Herr Achim Kleuser	CDU
Frau Ute-Lucia Krall	CDU
Herr Dr. Stephan Lipski	CDU
Frau Claudia Schlottmann	CDU
Herr Norbert Schreier	CDU
Herr Jürgen Spelter	CDU
Frau Angelika Urban	CDU
Herr Heinz-Georg Wingartz	CDU
Herr Reinhard Zenker	CDU
Frau Birgit Alkenings	SPD
Herr Hans-Georg Bader	SPD
Frau Anabela Barata	SPD
Herr Manfred Böhm	SPD
Herr Ludger Born	SPD
Herr Christoph Bosbach	SPD
Herr Torsten Brehmer	SPD
Herr Reinhold Daniels	SPD
Frau Marie-Liesel Donner	SPD
Frau Dagmar Hebestreit	SPD
Herr Rolf Mayr	SPD
Herr Hans-Werner Schneller	SPD
Herr Jürgen Scholz	SPD
Frau Hiltrud Stegmaier	SPD
Herr Thomas Wittfeld	SPD
Herr Peter Dahm-Korte	BA
Herr Ludger Reffgen	BA
Frau Claudia Schnatenberg	BA
Herr Udo Weinrich	BA
Herr Klaus-Dieter Bartel	Grüne
Frau Ellen Reitz	Grüne
Frau Susanne Vogel	Grüne
Herr Friedhelm Burchartz	FDP
Herr Rudolf Joseph	FDP

bis TOP 10

Herr Horst Welke FDP
Herr Werner Horzella dUH
Frau Marlene Kochmann dUH

Von der Verwaltung

Herr 1. Beig. Horst Thiele
Herr Beig. Norbert Danscheidt
Herr Beig. Reinhard Gatzke
Herr Kämmerer Heinrich Klausgrete
Herr Michael Witek
Herr Lutz Wachsmann
Herr Roland Becker
Herr Beig. Maximilian Rech
Frau Carola Schiller

Tagesordnung:

Eröffnung der Sitzung

Einwohnerfragestunde

- | | | |
|---|---|-----------------------|
| 1 | Einführung und Verpflichtung des neuen Ratsmitgliedes Dr. Ralf Bommermann für das verstorbene Ratsmitglied Vernon Renney / CDU | 01/015 |
| 2 | Umbesetzung in den Ausschüssen - ohne SV | |
| 3 | Wahlen zur Besetzung des Jugendhilfeausschusses | 01/008 |
| 4 | Entsendung von Vertretern in die Verbandsversammlungen der Zweckverbände | WP 04-09 SV
01/009 |
| 5 | zusätzlich
Pauschaler Auslagenersatz für Sitzungen der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Hilden-Ratingen-Velbert;
hier: Bekräftigung des Ratsbeschlusses vom 19.02.09 | |
| 6 | Angelegenheiten des Stadtentwicklungsausschusses | |
| 7 | Vorhaben bezogener Bebauungsplan Nr. 244A (Vorhaben- und Erschließungsplan VEP Nr. 6) für einen Bereich an der südlichen Schützenstraße;
hier: 1. Abhandlung der Anregungen der Träger öffentlicher Belange
2. Beschluss zur öffentlichen Auslegung | IV-1-422 |
| 8 | Anträge | |

- | | | |
|----|---|--------|
| 9 | Beteiligung des Museums- und Heimatvereins in Angelegenheit des Denkmalschutzes: Hier: Antrag der Fraktion BA Hilden vom 13.10.2004 | 60/001 |
| 10 | Erlass einer Baumschutzsatzung für Hilden
Hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Ratssitzung am 13.10.2004 | 66/008 |
| 11 | Änderungsantrag der BA-Fraktion zur SV 01/012 "Erklärung des Rates und seiner Ausschussmitglieder zur Korruptionsprävention" hier: Änderung der Ehrenordnung vom 22.10.1980 | 01/014 |
| 12 | Änderung der Hauptsatzung, der Geschäftsführung, der Zuständigkeitsordnung hier: Antrag der BA-Fraktion zur Tagesordnung | 01/013 |
| 13 | Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen | |
| 14 | Entgegennahme von Anfragen und Anträgen | |

Um 17.30 Uhr wird eine Einwohnerfragestunde durchgeführt mit einer zeitlichen Begrenzung von 30 Minuten.

Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende, Bgm. Scheib, eröffnete die Sitzung und stellte fest, dass die Ratsmitglieder ordnungsgemäß eingeladen und die Sitzungsvorlagen vollständig zugegangen seien.

Anschließend bat er zunächst die im Saal Anwesenden sich zum Gedenken des verstorbenen Ratsmitgliedes Vernon Renney von ihren Plätzen zu erheben und verlas folgenden Nachruf:

Rat und Verwaltung nehmen Abschied von einem verdienstvollen Mann, der seinen Aufgaben und Verpflichtungen mit großem Pflichtbewusstsein, Eifer, Sachkenntnis und Verantwortungsbewusstsein nachgekommen ist.

Herr Renney gehörte dem Rat der Stadt Hilden seit Oktober 1999 an. Er war Mitglied im Stadtentwicklungsausschuss, im Kulturausschuss, im Paten- und Partnerschaftsausschuss sowie im Aufsichtsrat der Gemeinnützigen Jugendwerkstatt Hilden GmbH.

Die Ehrung mit der Stadtwappen- und Fabriciusmedaille in Bronze erhielt Herr Renney 1998 für seine 10jährige Tätigkeit im Ausländerbeirat.

Wir sind Herrn Renney zu großem Dank verpflichtet. Rat und Verwaltung unserer Stadt werden dem Verstorbenen ein ehrendes Gedenken bewahren. Seiner Familie

gilt unser tiefes Mitgefühl.

Anschließend gratulierte er nachfolgenden Ratsmitgliedern nochmals nachträglich zum Geburtstag:

16.09.	Hans-Werner Schneller
19.09.	Susanne Vogel
19.09.	Torsten Brehmer
03.10.	Claudia Schnatenberg
04.10.	Peter Dahm-Korte

Zur Tagesordnung beantragte Rm. Weinrich/BA für die Bürgeraktion Hilden einen zusätzlichen Tagesordnungspunkt 3a) aufzunehmen. In Verbindung mit der Entsendung von Vertretern in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Sparkasse Hilden-Ratingen-Velbert rege seine Fraktion an, den alten Ratsbeschluss im Hinblick auf die Höhe der Sitzungsgelder noch einmal bekräftigen zu lassen.

Der Vorsitzende, Bgm. Scheib, erklärte, dass die Verwaltung die Sitzungsvorlage Nr. 01/008 „Wahlen zur Besetzung des Jugendhilfeausschusses (TOP 2) zurückziehe, da die Verwaltung noch rechtliche Bedenken im Hinblick auf eine mögliche Listenverbindung abklären wollte.

Gegen die Änderungen zur Tagesordnung ergaben sich keine Einwände. Weitere Änderungswünsche wurden nicht vorgebracht.

Einwohnerfragestunde

a) Dieter Donner, BUND Hilden, Humboldtstr. 64, Hilden

Herr Donner reichte folgende Anfrage ein:

In der Pressemitteilung 126/01 Berlin, 01.07.2001 „Bundesumweltministerium verstärkt Forschung zum Mobilfunk“ heißt es:

„Zu einem solchen Vorsorgepaket gehören die Verbesserung der Information vor Ort, z. B. über die frühzeitige Planung der Betreiber zum Netzausbau. Zu den genehmigten Standorten von Mobilfunkanlagen soll eine Datenbank erstellt werden. Die Bundesregierung wird die Öffentlichkeit laufend über den aktuellen Stand der Wissenschaft über mögliche gesundheitliche Beeinträchtigungen informieren.“

Seit der Mitteilung von Minister Trittin sind mehr als drei Jahre vergangen und wieder ist ein Mobilfunkmast am Westring installiert worden und die Hildener Bürger erfahren dies erst – bei der Aufstellung – aus der Zeitung. Weder von der Stadt Hilden, noch vom Kreis Mettmann noch in den Standortverzeichnissen der RegTP (der Zulassungsbehörde) ist dieser Standort verzeichnet.

Wir fragen:

1. Liegen die dort geplanten Antennen innerhalb der 400-Meter-Zone zu Wohngebieten, die nach der Naila-Studie zu erhöhtem Krebsrisiko führt?
2. Sollen die Antennen in Richtung der Wohngebiete strahlen?
3. Ab wann wird die Stadtverwaltung die Bevölkerung rechtzeitig vor dem Aufbau solcher Anlagen informieren?

Beig. Rech verwies auf die von Herrn Donner bereits in einer vorherigen Einwohnerfragestunde angesprochene Naila-Studie, zu der die Verwaltung noch auf eine Stellungnahme des Regierungspräsidenten und der zuständigen Bundesbehörde warte. Er halte es für sinnvoll, die beiden Anfragen insgesamt zu beantworten und hoffe, hierzu in der Dezembersitzung des Stadtentwicklungsausschusses in der Lage zu sein. Letztlich verwies er noch darauf, dass der Standort der Antennenanlage am Westring bereits vor 2 Jahren genehmigt wurde.

Rm. Alkenings/SPD fügte hinzu, dass dieser Vorgang seinerzeit im Rahmen eines Bebauungsplanänderungsverfahrens geregelt und dieser mehrfach diskutiert wurde. Dies sei auch damals schon die einzige Möglichkeit gewesen, Antennen außerhalb der Wohnbebauung gebündelt zu genehmigen.

- 1 Einführung und Verpflichtung des neuen Ratsmitgliedes Dr. Ralf Bommermann für das verstorbene Ratsmitglied Vernon Renney / CDU
Vorlage: 01/015
-

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Sodann bat der Vorsitzende, Bgm. Scheib, Herrn Dr. Ralf Bommermann/CDU zu sich nach vorne und verpflichtete ihn mit folgenden Worten:

Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehme, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Gemeinde erfüllen werde.

Die Verpflichtung wurde per Handschlag besiegelt. Während der Verpflichtung hatten sich alle im Saal Anwesenden von ihren Plätzen erhoben.

Sodann wurde wie folgt beraten und beschlossen:

2 Umbesetzung in den Ausschüssen - ohne SV

Ohne Aussprache fasste der Rat nach Nennung durch die jeweiligen Fraktionsvorsitzenden folgenden Beschluss:

1. Der Rat der Stadt beschließt, die nach dem Tod des Rm. Vernon Renney erforderlich gewordenen Umbesetzungen in den Ausschüssen des Rates wie folgt vorzunehmen:

Für Herrn Vernon Renney werden gewählt und berufen:

in den Haupt- u. Finanzausschuss
als stellv. Mitglied Herr Dr. Ralf Bommermann

in den Wahlprüfungsausschuss
als ordentliches Mitglied Herr Dr. Ralf Bommermann

in den Stadtentwicklungsausschuss
als stellv. Mitglied Herr Dr. Ralf Bommermann

in den Kulturausschuss
als ordentliches Mitglied Herr Dr. Ralf Bommermann

in den Paten- u. Partnerschaftsausschuss
als ordentliches Mitglied Herr Dr. Ralf Bommermann

in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Volkshochschule Hilden-Haan

als 1. Stellvertreter für Herrn Dr. Lipski Herr Dr. Ralf Bommermann
als 3. Stellvertreter für Frau Ute-Lucia Krall Herr Dr. Ralf Bommermann

in den Aufsichtsrat der gemeinnützigen Jugendwerkstatt Hilden GmbH
als stellv. Mitglied für Frau Ute-Lucia Krall Herr Dr. Ralf Bommermann

in den Aufsichtsrat der Verkehrsgesellschaft Hilden GmbH
als stellv. Mitglied für Herrn Norbert Schreier Herr Dr. Ralf Bommermann

in die Verbandsversammlung des Bergisch-Rheinischen Wasserverbandes
als stellv. Mitglied für Herrn Manfred Huhn Herr Dr. Ralf Bommermann

2. Der Rat der Stadt beschließt auf Antrag der Fraktion Bürgeraktion Hilden folgende Neubesetzung:

in den Paten- u. Partnerschaftsausschuss
als weiterer stellv. sachkundiger Bürger Herr Simon Kazmirek

in den Wirtschafts- u. Wohnungsbauförderungsausschuss
als weitere stellv. sachkundige Bürgerin Frau Yamina Merzougui

3 Wahlen zur Besetzung des Jugendhilfeausschusses
Vorlage: 01/008

Dieser Tagesordnungspunkt war zu Beginn der Sitzung zurückgezogen worden

4 Entsendung von Vertretern in die Verbandsversammlungen der
Zweckverbände
Vorlage: WP 04-09 SV 01/009

Der Vorsitzende, Bgm. Scheib, wies darauf hin, dass die vorgesehene konstituierende Sitzung des Verwaltungsrates am 17.11.2004 nicht stattfinden könne, da die Mitglieder des Verwaltungsrates erst in der konstituierenden Sitzung der Verbandsversammlung des Zweckverbandes benannt werden können. Hierdurch sei eine fristgemäße Ladung der Mitglieder nicht mehr möglich. Der neue Termin für die konstituierende Sitzung des Verwaltungsrates sei daher auf den 17.12.2004 gelegt worden.

Rm. Reffgen/BA erklärte, dass die Fraktionen Bürgeraktion Hilden, FDP und die Unabhängigen sich zu einer Listenverbindung entschlossen hätten.

Frau Alkenings/SPD teilte hierauf mit, dass auch die Fraktionen CDU, SPD u. Bündnis 90/Die Grünen eine Listenverbindung eingehen würden.

Hinsichtlich der Besetzung des Verwaltungsrates des Zweckverbandes Sparkasse Hilden-Ratingen-Velbert wurde noch einmal klargestellt, dass in der heutigen Ratssitzung lediglich ein einmütiger Wahlvorschlag des Rates der Stadt Hilden verabschiedet werden könne, die Zusammensetzung des Verwaltungsrates insgesamt aber durch die Verbandsversammlung des Zweckverbandes zu erfolgen habe.

Sodann wurde nach einer kurzen Sitzungsunterbrechung von 17.50 – 18.05 Uhr folgender Beschluss einstimmig gefasst:

Der Rat der Stadt wählt in die nachfolgenden Gremien:

Zweckverband Volkshochschule Hilden-Haan

Verbandsversammlung

Verbandsvorsteher: **Bürgermeister Günter Scheib**

Benanntes Mitglied gem § 15 GkG: **Kulturdezernent**
Stellv.: **1. Beigeordneter**

	CDU	SPD	BA	Grüne	FDP
Zeile 1	Brandenburg	Bader	Dahm-Korte	Bartel	Welke
Zeile 2	Eisen	Barata			
Zeile 3	Krall	Bosbach			

Zeile 4	Dr. Lipski	Brehmer			
Zeile 5	Urban	Wittfeld			
Zeile 6	Schreier				

1. Stellvertreter (persönliche Stellvertretung)

zu Zeile 1.	Büttner	Schneller	Weinrich	Vogel	Joseph
Zu Zeile 2.	Hancke	Böhm			
Zu Zeile 3.	Herlitz	Becker			
zu Zeile 4.	Dr. Bommermann	Daniels			
zu Zeile 5.	Schlottmann	Donner			
zu Zeile 6.	Zenker				

2 Stellvertreter (persönliche Stellvertretung)

zu Zeile 1.	Helikum	Hebestreit		Reitz	Burchartz
Zu Zeile 2.	Kaltenborn	Mayr			
Zu Zeile 3.	Spelter	Born			
zu Zeile 4.	Kleuser	Scholz			
zu Zeile 5.	Weiss	Stegmaier			
zu Zeile 6.	Wingartz				

3. Stellvertreter (persönliche Stellvertretung)

zu Zeile 1.	Hancke	Alkenings			
Zu Zeile 2.	Büttner	Becker			
Zu Zeile 3.	Dr. Bommermann	Donner			
zu Zeile 4.	Zenker	Hebestreit			
zu Zeile 5.	Herlitz	Schneller			
zu Zeile 6.	Schlottmann				

4. Stellvertreter (persönliche Stellvertretung)

zu Zeile 1.	Kaltenborn	Scholz			
Zu Zeile 2.	Helikum	Stegmaier			
Zu Zeile 3.	Zenker	Böhm			

zu Zeile 4.	Weiss	Born			
zu Zeile 5.	Wingartz	Daniels			
zu Zeile 6.	Kleuser				

Zweckverband Gesamtschule Langenfeld

Verbandsversammlung
(Verbandsvorsteher: Bürgermeister Langenfeld)

Mitglied gemäß § 15 GKG: **Bürgermeister**
Stellv.: **Schuldezernent**

CDU	SPD	Liste
<u>ordentl. Mitglieder</u>		
1. Eisen	1. Becker	1. Dahm-Korte/ BA
2. Dr. Lipski	2. Born	
	3. Wittfeld	
<u>1. Stellvertreter zu</u>		
1. Brandenburg	1. Barata	1. Schnatenberg /BA
2. Schreier	2. Bosbach	
	3. Brehmer	
<u>2. Stellvertreter zu</u>		
1. Herlitz	1. Schneller	1. Reffgen/BA
2. Hancke	2. Donner	
	3. Böhm	

Zweckverband Sparkasse Hilden-Ratingen- Velbert

Verbandsvorsteher:
Bürgermeister Günter Scheib (Stellv. 1. Beig. Thiele)
Verbandsversammlung
Verwaltungsrat

Verbandsversammlung

Mitglied gemäß § 113 GO: **1. Beigeordneter Thiele**
 Stellvertreter: **Bür-**

germeister

	CDU	SPD	BA	Grüne	FDP
Zeile 1	Kleuser	Alkenings	Reffgen	Reitz	Burchartz
Zeile 2	Schlottmann	Bader			
Zeile 3	Eisen	Hebestreit			
Zeile 4	Schreier	Schneller			
Zeile 5	Zenker	Scholz			
1. Stellvertreter (persönliche Stellvertretung)					
zu Zeile 1.	Herlitz	Stegmaier	Weinrich	Vogel	Joseph
Zu Zeile 2.	Urban	Bosbach			
Zu Zeile 3.	Brandenburg	Mayr			
zu Zeile 4.	Wingartz	Barata			
zu Zeile 5.	Weiss	Becker			

Verwaltungsrat

(einmütiger Wahlvorschlag)

	CDU	SPD	BA
<u>ordentl. Mitglieder</u>			
	1. Schlottmann	1. Bader	1. Beier, Ralf-Peter
	2. Eisen	2. Scholz	
	3. Schreier		
<u>Stellvertreter zu</u>			
1.	1. Urban	1. Alkenings	1. Roos, Herbert
	2. Brandenburg	2. Schneller	
	3. Wingartz		

Zweckverband Erholungsgebiet Ittertal

Verbandsversammlung
Verbandsausschuss

Verbandsversammlung: 1. Bürgermeister

Stellvertreter: 1. Beigeordneter

2. Rm. Lothar Kaltenborn/CDU

Stellvertreter Alexander Büttner / CDU

Verbandsausschuss: techn. Beigeordneter

Stellvertreter Vertreter des techn Beig. im Amt

Zweckverband Erholungsgebiet Unterbacher

See

Verbandsversammlung

1. Bürgermeister

Stellvertreter: Beig. Rech

2. Rm . Heinz-Georg Wingartz /CDU

Stellvertreter: Rm. Achim Kleuser/CDU

5

zusätzlich

Pauschaler Auslagenersatz für Sitzungen der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Hilden-Ratingen-Velbert;
hier: Bekräftigung des Ratsbeschlusses vom 19.02.09

Rm. Weinrich/BA reichte für die Fraktion Bürgeraktion folgenden Beschlussvorschlag ein:

Der Rat der Stadt Hilden möge beschließen:

„Der Ratsbeschluss vom 19.02.2003 wird bekräftigt, und die Hildener Mitglieder der Verbandsversammlung werden angewiesen, folgenden Beschluss herbeizuführen:

Die Mitglieder der Verbandsversammlung erhalten einen pauschalen Auslagensatz in Höhe von 150 Euro je Sitzung. Der Vorsitzende erhält den doppelten Betrag.“

Begründung:

Der in der konstituierenden Sitzung der Zweckverbandsversammlung im Jahre 2002 gefasste Beschluss, das Sitzungsgeld für die Mitglieder der Verbandsversammlung mit 328 Euro zu bemessen, hatte in der Öffentlichkeit für eine Welle der Empörung gesorgt. Der damit verbundene Vertrauensschaden für Sparkasse und Politik reihte sich ein in eine Kette von negativen, alltäglichen Erfahrungen, die die Bürger auf Distanz gehen lassen.

Mit dem Zusammenschluss der Sparkassen Hilden, Ratingen und Velbert verfolgt der Zweckverband angeblich die Strategie der Kostensenkung, um mit einem optimierten Unternehmen langfristig die Marktführerschaft in der Region zu sichern. Dazu wird ein Prozess in Gang gesetzt werden müssen, der von allen Verantwortlichen Kostenbewusstsein als wichtige Voraussetzung zur Umsetzung der Strategie verlangt. Die dazu notwendigen Maßnahmen setzen bei Kunden und Mitarbeitern Verständnis und ein hohes Maß an Akzeptanz voraus.

Die Absicht, das Unternehmen intern nachhaltig zu reformieren und extern neu auszurichten, macht ein vorbildhaftes Selbstverständnis der Verbandsorgane unverzichtbar. Auf dem Hintergrund dieser Zielvorgaben sollte die Verbandsversammlung ihren Beschluss zur Festsetzung des Sitzungsgeldes vom 14. November 2002. revidieren.

Die Vertreter der Stadt Hilden in der Zweckverbandsversammlung können an Beschlüsse des Rates gebunden werden. Die „Bürgeraktion Hilden“ stellt deshalb den Antrag, den am 19. Februar 2003 gegen die SPD von CDU, FDP, dUH, BA und Grünen gefassten Ratsbeschluss zu bekräftigen.

Rm. Alkenings/SPD erwiderte, dass das Sparkassengesetz die Höhe des Sitzungsgeldes entsprechend der Bilanzsumme des Unternehmens festlege. Sie sähe keinen Grund, von diesen gesetzlichen Regelungen abzurücken.

Ohne weitere Aussprache fasste der Rat mit 28 Ja-Stimmen gegen 15 Nein-Stimmen und
1 Enthaltung folgenden Beschluss:

„Der Ratsbeschluss vom 19.02.2003 wird bekräftigt, und die Hildener Mitglieder der Verbandsversammlung werden angewiesen, folgenden Beschluss herbeizuführen:

Die Mitglieder der Verbandsversammlung erhalten einen pauschalen Auslagensatz in Höhe von 150 Euro je Sitzung. Der Vorsitzende erhält den doppelten Betrag.“

-
- 7 Vorhaben bezogener Bebauungsplan Nr. 244A (Vorhaben- und Erschließungsplan VEP Nr. 6) für einen Bereich an der südlichen Schützenstraße;
hier. 1. Abhandlung der Anregungen der Träger öffentlicher Belange
2. Beschluss zur öffentlichen Auslegung
Vorlage: IV-1-422
-

Ohne Aussprache fasste der Rat einstimmig folgenden Beschluss:

„Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Stadtentwicklungsausschuss

1. die eingegangenen Anregungen der Träger öffentlicher Belange wie folgt abzuhandeln:

1.1 Schreiben der Deutschen Telekom AG Techniekniederlassung vom 23.07.2004

Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Beginn und Ablauf der Erschließungsmaßnahmen werden der Deutschen Telekom AG vom Vorhabenträger angezeigt.

1.2 Schreiben der Stadt Hilden Fachbereich Zentraler Bauhof vom 24.07.2004

Der Bauhof verweist auf die satzungsrechtlichen Vorgaben zur Abfallentsorgung. Der Sammelplatz für die Wertstoffbehälter am Abholtag, wird im Bereich des Stichweges an der Schützenstraße angeordnet. Der Anregung des Bauhofes konnte somit Rechnung getragen werden.

1.3 Schreiben der Stadt Hilden Fachbereich Bauverwaltung und Bauaufsicht vom 06.08.2004

Bauverwaltung

Die Bauverwaltung weist auf den Abschluss eines Durchführungsvertrages vor Satzungsbeschluss hin. Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Ansonsten wurden keine Anregungen vorgebracht.

Bauaufsicht

Die geplanten Stellplätze in Form von Garagen, Carports und offene Stellplätze sollen auf den sonstigen nicht überbaubaren Grundstücksflächen ausgeschlossen sein. Die textlichen Festsetzungen wurden entsprechend ergänzt. Der Anregung der Bauaufsicht konnte somit Rechnung getragen werden.

1.4 Schreiben der Stadt Hilden Feuerwehr vom 11.08.2004

Die Feuerwehr weist auf den baurechtlich vorgeschriebenen zweiten Rettungsweg hin. Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Ansonsten wurden keine Anregungen vorgebracht.

1.5 Schreiben des Kreises Mettmann vom 17.08.2004

Umweltamt

Es werden keine Anregungen vorgebracht.

Untere Wasserbehörde

Die Untere Wasserbehörde weist daraufhin, dass in der Wasserschutzzone III A eine direkte Einleitung in tiefere Bodenschichten ohne Filterwirkung des Oberbodens nicht möglich ist, so dass evtl. ein Bodenaustausch erforderlich ist. Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Ansonsten wurden keine Anregungen vorgebracht.

Untere Bodenschutzbehörde

Es werden keine Anregungen vorgebracht.

Kreisgesundheitsamt

Das Kreisgesundheitsamt regt an, den Einbau von schalldämmenden Lüftungsanlagen in Schlafräumen und Kinderzimmern zumindest für die West- und Südfassaden nicht nur als Hinweis zu geben, sondern textlich festzusetzen. Dem Hinweis wird gefolgt, die textlichen Festsetzungen wurden entsprechend ergänzt. Ansonsten wurden keine Anregungen vorgebracht.

1.6 Schreiben der Stadt Hilden Fachbereich Tiefbau- und Grünflächenamt

Straßenbau

Die Belange des Verkehrs und des Straßenbaus sind in dem noch abzuschließenden Durchführungsvertrag zu regeln. Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Ansonsten wurden keine Anregungen vorgebracht.

Stadtentwässerung

Die Belange der Stadtentwässerung sind in dem noch abzuschließenden Durchführungsvertrag zu regeln. Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Ansonsten wurden keine Anregungen vorgebracht.

Grünflächen / Forst

Die Hinweise zum Grünordnungsplan werden zur Kenntnis genommen. Die Begrenzung der Bodenversiegelung sowie das Gebot zur Versickerung von Niederschlagswasser werden als textliche Festsetzung berücksichtigt. Der Anregung des Grünflächenamtes konnte somit Rechnung getragen werden.

Auf den im benachbarten VEP 5 unter Schutz gestellten Obstbaum wird in den textlichen Festsetzungen hingewiesen. Der Anregung des Grünflächenamtes konnte somit Rechnung getragen werden.

Weitere Anregungen wurden nicht vorgebracht.

1.7 Schreiben des BUND vom 20.08.2004

Zu Punkt 1

Der BUND trägt vor, daß dem im BauGB vorgesehenen sparsamen Umgang mit Grund und Boden nur unzureichend Folge geleistet wird. Der Anregung

des BUND, auf die Hinterbebauung zu Gunsten größerer Gärten zu verzichten, wird nicht entsprochen. Durch die Nachverdichtung innerstädtischer Siedlungsbereiche wird die Inanspruchnahme von Flächen für bauliche Nutzungen verringert.

Zu Punkt 2

Die notwendigen Stellplätze sind im Plangebiet unterzubringen. Der Anregung, die Garagen / Carports auf den davor geplanten Stellplätzen zu errichten, wird daher nicht entsprochen.

Zu Punkt 3

Der Hinweis, dass die Wasserdurchlässigkeit auch für den Unterbau gelten sollte, wird zur Kenntnis genommen.

Zu Punkt 4

Die Versickerung von Niederschlagswasser wird im Bebauungsplan festgesetzt. Der Anregung wurde insoweit Rechnung getragen.

Zu Punkt 5

Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen sind auf Grund der im Bebauungsplan festgesetzten Maßnahmen nicht erforderlich. Die Hinweise und Anregungen zur Eingriffs- und Ausgleichsbilanzierung bzw. zur Umsetzung von Minderungs- und Kompensationsmaßnahmen werden zur Kenntnis genommen.

1.8 Schreiben des Bürgervereins Hilden-Süd e.V. vom 20.08.2004

Der Bürgerverein Hilden-Süd regt an, die Dachform im Plangebiet als „Krüppelwalmdach“ vorzuschreiben.

Dieser Anregung wird nicht entsprochen. Entgegen der Auffassung des Bürgervereins gibt es in der näheren Umgebung des Plangebietes lediglich das Neubaugebiet des Bebauungsplanes Nr. 244 (VEP Nr. 5), in dem der dortige Bauträger seine Vorstellungen von Gestaltung umgesetzt hat, hier eben mit Krüppelwalmdächern. Der Bauträger hier vertritt hinsichtlich der Dachgestaltung eine andere Position, er möchte ein konventionelles Satteldach realisieren, wie es in der Umgebung die Mehrzahl der Gebäude aufweist. Durch eine Anpassung der Firsthöhen und die Geschossigkeit an die Umgebung sind auch durch ein Satteldach keine Beeinträchtigungen der Umgebung zu erwarten.

2. die öffentliche Auslegung des Bebauungsplanes Nr. 244 A (VEP 6) „Schützenstraße 140-144“ in der Fassung vom 23.08.2004 gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) vom 27.08.1997 (BGBl. I S. 2141) in seiner jeweils gültigen Fassung.

Das Plangebiet liegt an der Schützenstraße und umfasst die Flurstück 46, 201 und 202 der Gemarkung Hilden, Flur 56. Dem Offenlagebeschluss liegt die Entwurfsbegründung vom 23.08.2004 zugrunde. Mit dem vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 244 A (VEP 6) soll Baurecht für den Bau von 8 Einfamilienhäusern in Form von Doppelhäusern geschaffen werden.“

8 Anträge

- 9 Beteiligung des Museums- und Heimatvereins in Angelegenheit des Denkmalschutzes:
Hier: Antrag der Fraktion BA Hilden vom 13.10.2004
Vorlage: 60/001
-

Rm. Weinrich/BA erinnerte daran, dass der Rat im Oktober 2001 dem Seniorenbeirat Beteiligungsrechte gewährt habe. Der Museums- und Heimatverein habe später in Form eines Bürgerantrages ebenfalls eine Beteiligung im Stadtentwicklungsausschuss beantragt. Dieser Antrag sei damals auch schon von der Bürgeraktion unterstützt worden. Trotz des zur heutigen Sitzung nachgereichten Schreibens der Vorsitzenden des Museums- und Heimatvereines, keine weiteren Beteiligungsmöglichkeiten zu wünschen, würde seine Fraktion den Antrag aufrechterhalten. Eine Gleichbehandlung mit dem Seniorenbeirat sei im Sinne aller.

Rm. Alkenings/SPD erinnerte daran, dass der Stadtentwicklungsausschuss den seinerzeitigen Bürgerantrag des Museums- und Heimatvereines abgelehnt habe. Wesentlicher Aspekt hierbei war auch die Tatsache, dass der Museums- und Heimatverein rechtlich anders zu bewerten sei als der Seniorenbeirat, wohl aber gleichzusetzen sei mit anderen Vereinen und man hier keinen Präzedenzfall schaffen wollte. Man habe deshalb seinerzeit ein Verfahren entwickelt, um einerseits die Kompetenz des Museums- und Heimatvereines zu nutzen, ohne andererseits eben einen solchen Präzedenzfall zu schaffen.

Die Vertreter der Fraktionen CDU, FDP, Grüne und die Unabhängigen Hilden schlossen sich diesen Ausführungen an und betonten darüber hinaus auch noch einmal die Absicht, niemandem etwas gegen seinen Willen aufzuzwingen.

Sodann lehnte der Rat mit 4 Ja-Stimmen gegen 37 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen folgenden Antrag der Fraktion Bürgeraktion Hilden ab:

Hiermit stellen wir den Antrag, dass der Museums- und Heimatverein Hilden e.V. hinsichtlich aller im Rat der Stadt Hilden und seinen Ausschüssen anstehenden Entscheidungen, die den Denkmalschutz und die Denkmalpflege tangieren vor Aufnahme der Beratungen in der Sache beteiligt wird.

- 10 Erlass einer Baumschutzsatzung für Hilden
Hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Ratssit-
-

Nach kurzer Aussprache wurde der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Erlass einer Baumschutzsatzung einstimmig zur weiteren Beratung an den Stadtentwicklungsausschuss verwiesen.

- 11 Änderungsantrag der BA-Fraktion zur SV 01/012 "Erklärung des Rates und seiner Ausschussmitglieder zur Korruptionsprävention"
hier: Änderung der Ehrenordnung vom 22.10.1980
Vorlage: 01/014
-

Rm. Eisen/CDU führte aus, dass nach Auffassung der CDU-Fraktion das geltende Recht vollkommen ausreichend sei und gab zu bedenken, dass, je mehr über eine Person im Internet veröffentlicht werde, desto größer die Gefahr sei, dass diese Personen und ihre Familien beeinträchtigt werden.

Rm. Horzella/dUH verwies dagegen darauf, dass die Homepages der Fraktionen vielfältige, zum großen Teil auch über die im Antrag geforderten Angaben hinaus Auskünfte über die Fraktionsmitglieder gäben.

Rm. Bartel/Grüne sah hingegen die Veröffentlichung weiterer Daten ebenfalls kritisch und vor allem vor Ort auch anders zu bewerten als beispielsweise wie bei Bundes- oder Landtagspolitikern. Über die Veröffentlichung im Internet habe jeder Zugriff und könne ein Profil der Person entwickeln, welches nicht nur Werbefirmen nutzen könnten. Auch empfände er die Veröffentlichung der vergüteten Tätigkeiten für problematisch. Andere Aspekte wie beispielsweise Immobilienvermögen seien darüber hinaus auch für die Kommunalpolitik wesentlich relevanter als vergütete Tätigkeiten.

Rm. Welke/FDP schloss sich diesen Ausführungen an und empfand auch die Information an den Bürgermeister, wie sie im Gesetz vorgeschrieben ist, für durchaus ausreichend.

Auch nach Auffassung von Rm. Alkenings/SPD dient eine Veröffentlichung der Daten, wie es von der Bürgeraktion beantragt wurde, nicht der Korruptionsprävention. Nach ihrer Auffassung ist das Interesse des Ratsmitgliedes am Datenschutz in diesem Fall größer als das öffentliche Interesse.

Rm. Weinrich/BA hielt entgegen, dass diese Angaben, die seine Fraktion zur Veröffentlichung begehrt, auch nach Ausführungen in der Kommentierung zur Gemeindeordnung nicht dem Datenschutz unterliegen, soweit es sich um mandatsrelevante Angaben handelt. Ziel der Veröffentlichung solcher Daten sei es, den Bürgern ein Bild zu verschaffen, wie weit Ratsmitglieder in Vereinen und Verbänden tätig seien.

Ohne weitere Aussprache lehnte der Rat sodann mit 6 Ja-Stimmen gegen 37 Nein-Stimmen folgenden Antrag der Fraktion Bürgeraktion Hilden ab:

Der Rat der Stadt Hilden möge beschließen:

„In Ergänzung zur Erklärung zur Korruptionsprävention werden gemäß § 43 Abs. 3 Satz 4 der GO NW die von Rats- und Ausschussmitgliedern gegenüber dem Bürgermeister im Rahmen der Ehrenordnung des Rates der Stadt Hilden erteilten Auskünfte und mandatsrelevanten Angaben

- Name;
- Anschrift;
- ausgeübter Beruf;
- sowie andere vergütete oder ehrenamtliche Tätigkeiten

im Amtsblatt und auf der Homepage der Stadt Hilden zu veröffentlichen.“

- 12 Änderung der Hauptsatzung, der Geschäftsführung, der Zuständigkeitsordnung
hier: Antrag der BA-Fraktion zur Tagesordnung
Vorlage: 01/013
-

Der Vorsitzende, Bgm. Scheib, ließ zunächst über den zu Beginn der Diskussion von Rm. Weinrich/BA eingereichten Antrag auf Verweisung in den Haupt- und Finanzausschuss abstimmen:

Mit 11 Ja-Stimmen gegen 32 Nein-Stimmen wurde der Antrag auf Verweisung in den Haupt- und Finanzausschuss abgelehnt.

Anschließend beantragte Rm. Reffgen/BA für die Fraktion Bürgeraktion Hilden namentliche Abstimmung zur beantragten Änderung des § 16 der Hauptsatzung:

Nach Aufruf durch den Schriftführer stimmten die Ratsmitglieder wie folgt ab:

Alkenings, Birgit	nein
Bader, Hans-Georg	nein
Barata, Anabela	nein
Bartel, Klaus-Dieter	nein
Böhm, Manfred	nein
Bommermann, Dr. Ralf	nein
Born, Ludger	nein
Bosbach, Christioph	nein
Brandenburg, Susanne	nein
Brehmer, Torsten	nein
Burchartz, Friedhelm	ja
Büttner, Alexander	nein
Dahm-Korte, Peter	ja
Daniels, Reinhold	nein
Donner, Marie-Liesel	nein
Eisen, Reinhard	nein
Hancke, Peter	nein
Hebestreit, Dagmar	nein
Herlitz, Carsten	nein
Horzella, Werner	ja
Kaltenborn, Lothar	nein

Kleuser, Achim	nein
Kochmann, Marlene	ja
Krall, Ute, Lucia	nein
Lipski, Dr. Stephan	nein
Mayr, Rolf	nein
Reffgen, Ludger	ja
Reitz, Ellen	nein
Scheib, Günter	nein
Schlottmann, Claudia	nein
Schnatenberg, Claudia	ja
Schneller, Hans-Werner	nein
Scholz, Jürgen	nein
Schreier, Norbert	nein
Spelter, Jürgen	nein
Stegmaier, Hiltrud	nein
Urban, Angelika	nein
Vogel, Susanne	Enthaltung
Weinrich, Udo	ja
Welke, Horst	ja
Wingartz, Heinz-Georg	nein
Wittfeld, Thomas	nein
Zenker, Reinhard	nein

Damit wurde eine Änderung des § 16 der Hauptsatzung mit 34 Nein-Stimmen, 8 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Rm. Eisen/CDU erklärte das Abstimmungsverhalten seiner Fraktion damit, dass es nach wie vor Ziel der CDU sei, langfristig die Anzahl der Beigeordneten der Stadt Hilden zu reduzieren. Derzeit seien jedoch noch alle Beigeordneten einige Jahre im Amt, so dass diese Problematik erst angegangen werde, wenn sie akut würde.

Nach kurzer Aussprache ließ der Vorsitzende, Bgm. Scheib, über die beantragten Änderungen zur Hauptsatzung und Geschäftsordnung im Einzelnen abstimmen:

Zu § 21 der Hauptsatzung:

Einstimmig beschloss der Rat der Stadt Hilden eine Änderung des § 21 Hauptsatzung wie folgt:

§ 21 ~~Ausländerbeirat~~ Integrationsbeirat

- 1) Gemäß § 27 GO NW wird zur Mitwirkung der ~~Ausländerinnen und Ausländer~~ Migrantinnen und Migranten an den kommunalen Willensbildungsprozessen ein ~~Ausländerbeirat~~ Integrationsbeirat gebildet, der aus 13 Mitgliedern besteht.
- 2) Die Mitglieder des ~~Ausländerbeirats~~ Integrationsbeirats erhalten für die Teilnahme an den Beiratssitzungen Sitzungsgeld und Verdienstausfall, jedoch keine Aufwandsentschädigung.

Weiter wurde wie folgt abgestimmt:

Mit 4 Ja-Stimmen, 37 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen wurde eine Änderung des § 22 Hauptsatzung abgelehnt.

Mit 11 Ja-Stimmen gegen 32 Nein-Stimmen wurde eine Änderung des § 9 der Geschäftsordnung (Einwohnerfragestunde) abgelehnt.

Mit 6 Ja-Stimmen, 34 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen wurde eine Neufassung des § 12 Geschäftsordnung abgelehnt.

Mit 8 Ja-Stimmen gegen 32 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen wurde die Aufnahme von Regelungen zu großen Anfragen in der Geschäftsordnung abgelehnt.

Mit 6 Ja-Stimmen gegen 37 Nein-Stimmen wurde eine Ergänzung des § 24 der Geschäftsordnung (zusätzlicher Absatz) abgelehnt.

13 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen

a) Asylantenunterkunft Breddert

1. Beig. Thiele teilte mit, dass nach einem Ergebnis eines Brandschutzgutachtens die Asylbewerberunterkunft Breddert mit erheblichem finanziellem Aufwand saniert werden müsste, um den Anforderungen des Brandschutzes gerecht zu werden. Im Hinblick auf die Entwicklung der Asylbewerberzahlen empfehle die Verwaltung jedoch den Abriss der Unterkünfte.

Beig. Gatzke erläuterte hierzu, dass es derzeit 125 Asylbewerber in Hilden gäbe. Dies bedeute seit Anfang des Jahres einen erheblichen Rückgang. Die in der Unterkunft Breddert versorgten Personen könnten problemlos in der Forststr. untergebracht werden, wobei sich deren wohnliche Situation hierdurch erheblich verbessern würde. Hinsichtlich eines Zeitplanes erklärte er, dies durchaus noch im November durchführen zu können.

b) Verlegung der Jugendhilfeausschusssitzung

Beig. Gatzke teilte mit, dass in Abstimmung mit dem noch amtierenden Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses Herrn Schneller die Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 02.12.2003 verlegt wurde auf den 13.01.2005. Hintergrund wäre der Umstand, dass dann damit zu rechnen sei die, Bevölkerungsprognose des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik vorliegen zu haben. Diese sei Grundlage für beispielsweise den Kindergartenbedarfsplan.

14 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

a) Rm. Weinrich/BA – Umwandlung von Teilen der Verwaltung in Anstalten öffentlichen Rechts

Rm. Weinrich reichte für die Fraktion Bürgeraktion Hilden folgende Anfrage ein:

Der Bürgermeister hatte dem Rat im Jahre 2002 vorgeschlagen, den Bauhof in eine Anstalt öffentlichen Rechts umzuwandeln. Auf die ausdrückliche Bitte des Bürgermeisters, einen verbindlichen Termin für die Entscheidung in der Sache herbeizuführen, hatte der Haupt- und Finanzausschuss am 27. November 2002 gegen die Stimme der „Bürgeraktion Hilden“ beschlossen, die Sitzungsvorlage (IV-3-026) bis zur Sitzung des Rates am 18. Juni 2003 zu verschieben. Auch in dieser Ratssitzung wurde keine Entscheidung in der Sache getroffen, sondern – wiederum gegen die Stimmen der „Bürgeraktion Hilden“ – mehrheitlich beschlossen, die Frage der Rechtsform des Bauhofs im Rahmen seiner bevorstehenden externen Orga-Untersuchung zu behandeln.

Am 10. Dezember 2003 hatte der Rat auf Antrag der „Bürgeraktion Hilden“ und der CDU sich mit der organisatorischen Neuregelung von Kultur- und Weiterbildungseinrichtungen befasst und dabei mehrheitlich die Verwaltung beauftragt, entsprechend dem Modell I in der SV 41/97 eine Untersuchung über die organisatorische Neuordnung von Kultur- und Weiterbildungseinrichtungen einzuleiten.

Da der „Bürgeraktion Hilden“ von der Verwaltung weder eine Orga-Untersuchung mit Aussagen über die künftige Rechtsform des Bauhofs noch eine Untersuchung über die Neuordnung von Kultur- und Weiterbildungseinrichtungen vorgelegt worden ist, frage ich den Bürgermeister:

1. Ist die Frage der künftigen Rechtsform des Bauhofs im Rahmen der Orga-Untersuchung behandelt worden? Wenn ja, mit welchem Ergebnis?
2. Beabsichtigt die Verwaltung, dem Rat erneut die von ihr 2002 befürwortete Umwandlung des Bauhofs in eine Anstalt öffentlichen Rechts vorzuschlagen?

Wenn ja, wann will die Verwaltung im Rat eine verbindliche Entscheidung in der Sache herbeiführen? Wenn nein, warum nimmt die Verwaltung Abstand von einem Vorhaben, das der Bürgermeister im Jahre 2002 für notwendig und zweckmäßig hielt?

3. Ist die Untersuchung über die Neuordnung von Kultur- und Weiterbildungseinrichtungen abgeschlossen?

Wenn ja, wer ist mit dieser Untersuchung wann beauftragt worden? Wenn wird die Verwaltung dem Rat das Ergebnis dieser Untersuchung vorlegen?

Beig. Danscheidt verwies hinsichtlich der Umwandlung des Bauhofes auf den Bericht des Gutachters, der im Stadtentwicklungsausschuss und im Personalausschuss vorgestellt wurde. Der Gutachter habe die Rechtsform der Anstalt öffentlichen Rechtes vorgeschlagen. Entsprechend werde die Verwaltung auch eine Sitzungsvorlage für die Haushaltsplanberatungen erstellen. Hinsichtlich der Neuordnung der Kultur- und Weiterbildungseinrichtungen erinnerte er daran, dass man sich darauf geeinigt habe, nach dem Einzug der Institute in die Gerresheimer Str. 20 im nächsten Frühjahr das Thema aufzubereiten. Hieran werde sich die Verwaltung halten.

b) Rm. Weinrich/BA – Prioritätenliste städtischer Investitionsvorhaben

Rm. Weinrich reichte für die Fraktion Bürgeraktion Hilden folgenden Antrag

ein:

Der Rat der Hilden möge beschließen:

„Der Bürgermeister wird gebeten,

- a. mit dem Entwurf des Stellenplans 2005 auch Vorschläge zur Verbesserung der Relation von Personal- zu Sachkapazitäten im Fachbereich ‚Baumaßnahmen‘ zu machen;
- b. zur Abwicklung der hohen Haushaltsausgabereste im Vermögenshaushalt und zur wirkungsvollen Begrenzung künftiger Ausgabe-
reste eine Aufstellung der aus Sicht der Verwaltung im Haushalts-
jahr 2005 unabweisbar für erforderlich gehaltenen Baumaßnah-
men vorzulegen.“

Begründung:

Allein im FB „Baumaßnahmen“ bestehen Jahr für Jahr neben den Haushaltsansätzen noch abzuwickelnde „Haushaltsausgabereste“ aus Vorjahren in Millionenhöhe. So waren z. B. im Jahre 2003 noch abzuwickelnde Haushaltsausgabereste aus den Vorjahren im Umfang von 4,3 Mio. € vorhanden. Insgesamt standen im Vermögenshaushalt neben den Ansätzen des Haushaltsplans 2003 noch weitere 6,25 Mio. € zur Verfügung.

In seinen grundsätzlichen Erläuterungen zu den Haushaltsausgaberesten hatte das RPA vor einem Jahr in seinem im Prüfbericht mit Blick auf die Vergangenheit bereits angemerkt, dass „nach Einschätzung der Prüfung eine realistischere Planung (...) durchaus machbar gewesen wäre.“ (S. 75; siehe auch: S. 92)

Die aufgrund fehlender finanzwirtschaftlicher Rahmendaten erforderlich gewordene Verschiebung der Einbringung des Haushaltsplans 2005 bietet aus Sicht der „Bürgeraktion Hilden“ die Chance für die Verwaltung, dem Rat mit dem Haushaltsentwurf für 2005 zugleich einen Vorschlag für eine Prioritätenliste städtischer Investitionen zu unterbreiten. Eine solche Liste könnte z. B. in den Haushaltsberatungen der Fraktionen genutzt werden, um das Machbare vom Wünschenswerten unterscheiden zu helfen.

Das vom Kämmerer oft und gern gebrauchte Argument, die gestiegene und steigende Verschuldung sei die Folge diverser Ratsbeschlüsse, würde an Kraft und Stärke gewinnen, wenn der Rat nachweislich eine von der Verwaltung vorgelegte, „auf Kante genähte“ Prioritätenliste wichtiger Bauvorhaben zurückgewiesen oder ignoriert hätte. Von der Umsetzung dieses Antrag der „Bürgeraktion Hilden“ würde sowohl die Verwaltung als auch der Rat profitieren.

c) Rm. Schnatenberg/BA – Planunterlagen in digitalisierter Form

Rm. Schnatenberg reichte für die Fraktion Bürgeraktion Hilden folgende Anfrage ein:

Auf Antrag des Ratsmitgliedes Brigitte Woltersdorf von der „Bürgeraktion Hilden“ beauftragte der Rat am 9. April 2003 mit 47 gegen 2 Stimmen der Grünen den Bürgermeister:

1. allen Vorlagen, die planungs- und verkehrsrelevante Sachverhalte betreffen bzw. zu deren Erläuterung Planunterlagen in der Verwaltung vorliegen, die entsprechenden Unterlagen in aussagekräftiger und informativer Form (Verkleinerungen, Ausschnittvergrößerungen etc.) beizufügen;
2. die von der Stadt beauftragten Planungsbüros aufzufordern, der Verwal-

tung entsprechende Unterlagen in digitaler Form zur Verfügung zu stellen;

3. zu prüfen, ob die Planunterlagen zu Verwaltungsvorlagen, die sich im Geschäftsgang befinden, den Ratsfraktionen über einen limitierten Zugang im städtischen Internet zur Verfügung gestellt werden können.

Die Fraktion „Bürgeraktion Hilden“ hat festgestellt, dass den Vorlagen der Verwaltung zu planungs- und verkehrsrelevanten Themen nach wie vor nur unzureichend informative Übersichtszeichnungen beiliegen. Aussagekräftige Verkleinerungen oder auch Ausschnittvergrößerungen der konkreten Planungsunterlagen (beispielsweise ein Bebauungsplanabschnitt, aus dem die textlichen Festsetzungen zum Maß der baulichen Nutzung auch anhand der Planzeichnung nachvollzogen werden können) fehlen. Dies erschwert die sachlich fundierte Arbeit der Rats- und Ausschussmitglieder und entspricht nicht mehr dem heutigen Stand der Technik.

Deshalb frage ich die Verwaltung:

1. Wann beabsichtigt der Bürgermeister, den oben zitierten Ratsbeschluss aus dem Frühjahr 2003 insgesamt umzusetzen?
2. Ist die Stadt bereits mit der Bitte an Planungsbüros herangetreten, Planunterlagen in digitalisierter Form zur Verfügung zu stellen? Wenn ja, mit welchem Erfolg?
3. Hat die Verwaltung inzwischen geprüft, ob den Fraktionen über einen Zugang zum städtischen Inter- oder Intranet – gegebenenfalls über ein so genanntes „Ratsinformationssystem“ – entsprechende Planunterlagen zur Einsichtnahme zur Verfügung gestellt werden könnten? Wenn ja, warum konnte die Ziffer 3 des Ratsbeschlusses noch nicht umgesetzt werden?

d) Rm. Schnatenberg/BA – Pünktlichkeitsstandard im VRR

Rm. Schnatenberg reichte für die Fraktion Bürgeraktion Hilden folgenden Antrag ein:

Der Rat der Stadt Hilden möge beschließen:

1. Der Bürgermeister wird beauftragt, sich im Rahmen der Bürgermeisterkonferenz dafür einzusetzen, dass der Kreis Mettmann in Verhandlungen mit dem VRR einen höheren Pünktlichkeitsstandard (z.B. 90 %) vertraglich vereinbart, den ein unabhängiger Gutachter vierteljährlich überprüft.
2. Der Bürgermeister wird gebeten zu prüfen, ob und unter welchen Voraussetzungen der Rat der Stadt Hilden auf schlechte Beförderungsleistungen des VRR durch Sperrung der im Haushaltsplan veranschlagten Mittel für den Verkehrsverbund in Höhe von zurzeit 1,1 Millionen € reagieren könnte. Alternative Sanktionsmöglichkeiten der Stadt gegenüber dem VRR sind darzustellen.

Begründung:

Nur ein attraktiver ÖPNV führt zu einer verstärkten Nutzung von Bussen und Bahnen und somit zur Entlastung der Straßen. Die Beförderungsleistung des VRR entspricht nicht den finanziellen Gegenleistungen der Fahrgäste und der Stadt! Das unzumutbare S-Bahn-Angebot der Deutschen Bahn muss sofort beendet werden und die Stadtverwaltung Hilden muss dafür alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen.

Es ist nicht hinnehmbar, dass reaktivierte S-Bahn-Züge aus den 70er Jahren zu regelmäßigen Verspätungen und Ausfällen führen und der Fahrplan zum Lotteriespiel wird. Umsteigemöglichkeiten in Düsseldorf und Solingen-Ohligs werden dadurch behindert. Berufstätige gefährden durch diese Verspätungen möglicherweise ihren Arbeitsplatz.

Als ÖPNV-Nutzer/innen brauchen die Hilderinnen und Hildener, die durch ihre Fahrkarte oder ihr Monatsticket den Verkehrsverbund Rhein-Ruhr finanzieren, der sie morgens am Bahnsteig warten lässt, Nerven wie Drahtseile. Der Arbeitstag vieler ÖPNV-Nutzer/innen aus Hilden beginnt mit Verspätungen und veralteten S-Bahn-Wagen. Und oft endet er auch so.

Aber auch die Stadt Hilden zahlt an den VRR – in diesem Jahr 1.100.000 Euro. Das ist das Geld der Hildener Bürgerinnen und Bürger, die einen Anspruch darauf haben, dass Rat und Verwaltung der Stadt alles tun, um gegenüber dem VRR die Garantie und Einhaltung eines höheren Pünktlichkeitsstandards durchzusetzen!

Der Vorsitzende, Bgm. Scheib, verwies darauf, dass die Stadt hier keine Zuständigkeit habe, er aber gerne bereit sei, diesen Antrag in der nächsten Bürgermeisterkonferenz am kommenden Montag vorzutragen und auf den Weg zu bringen.

Ende der Sitzung: 19:15 Uhr

Vorsitzender:

Schriftführer/in:

Gesehen: